

Sammelfächer-Initiativen

Volk muss entscheiden, ob es Einzelfächer schützen will

VON MICHAEL NITTAUS

Er hat es wieder geschafft. Der streitbare Jürg Wiedemann (Grüne-Unabhängige, Birsfelden) konnte eine deutliche Mehrheit des Landrates auf seine Seite ziehen. Seine von der Bildungskommission abgeänderte parlamentarische Initiative zum «Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer» wurde in erster Lesung wieder zur ursprünglichen Fassung umformuliert. Mit 46 Ja- gegen 28 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen unterstützte das Plenum den Antrag, konkret ins Bildungsgesetz zu schreiben, welche Fächer an den Sekundarschulen weiter zwingend als Einzelfächer unterrichtet werden müssen. Es sind dies Geschichte, Geografie, Physik, Biologie, Chemie, Hauswirtschaft und Wirtschaft.

Die Kommissions-Fassung wollte stattdessen bloss die Kompetenz, wer über die Einführung von Sammelfächern entscheidet, dem Landrat zusprechen. Dies war auch der Grund, weshalb Wiedemann zusätzlich eine Volksinitiative angekündigt hatte, die auf der Nennung der Einzelfächer beharrte. Bestätigt sich in zweiter Lesung das gestrige Bild - nur die SP setzte sich geschlossen für die Einführung von Sammelfächern ein, andere Fraktionen waren gespalten oder klar dagegen -, wird die Volksinitiative wohl obsolet.

Auch Hauswirtschaft schützen?

Gegenüber der bz bestätigt Wiedemann, dass es gut sein könne, die Volksinitiative fallenzulassen, da die parlamentarische Initiative wegen des

nötigen Vier-Fünftel-Mehrs sicher vors Volk kommen wird. Allerdings weist Wiedemann auf einen Unterschied hin: In der Volksinitiative sind Hauswirtschaft und Wirtschaft nicht erwähnt. «Sollte sich zeigen, dass es vor dem Volk mehr Chancen hätte, wenn man nur die fünf Stammfächer ins Gesetz schreiben würde, wäre die Volksinitiative besser als die nun verabschiedete.»

In der Debatte zuvor kündigte FDP-Bildungsdirektorin Monica Gschwind an, dass sie vorgesorgt habe, falls die vom Bildungsrat eigentlich schon beschlossenen Sammelfächer nicht eingeführt werden. Sie habe beschlossen, eine Übergangsstudentenliste zu erarbeiten, die festlegt, wie der Unterricht mit Einzelfächern weitergeführt würde. Die Sorge von Mitte-Links, was mit dem Bil-

dungsraum Nordwestschweiz geschehe, sollten die vier Kantone unterschiedliche Fächer anbieten, konnte sie allerdings nicht aus der Welt schaffen: «Es ist ungewiss, wie sich Basel-Stadt, Solothurn und der Aargau verhalten.»

Weniger sicher kann sich Wiedemann sein, dass seine zweite parlamentarische Initiative, die gestern in erster Lesung behandelt wurde, eine Mehrheit findet. Bei der Frage, ob der Landrat über die Einführung des Lehrplans 21 entscheiden darf, gab es Opposition von SP, Grünen, CVP und BDP. Bis jetzt liegt die Kompetenz beim Bildungsrat, dem Vertreter der Schulen, Parteien und der Wirtschaft angehören. Dank SVP, FDP und GLP/Grünen-Unabhängigen könnte Wiedemann in zwei Wochen aber auch hier wieder lachen.

Basellandschaftliche Zeitung, 11.9.2015